

Brüsseler Brief

Die EUD Brüssel informiert

Ausgabe Oktober 2018



Liebe Mitglieder,

hier ist sie endlich - die neueste Ausgabe des Mitgliederbriefes unseres Brüsseler Verbandes der Europa-Union! In dieser Ausgabe haben wir aus aktuellem Anlass das Thema Populismus näher unter die Lupe genommen. Unser Vorsitzender, Prof. Dr. Michael Köhler, schildert in einem persönlichen Interview, wie sich der Populismus in seinem Arbeitsumfeld äußert, warum dies alles eigentlich gar kein neues Phänomen ist, und was die überparteiliche Zusammenarbeit für Europa im Allgemeinen und der Brüsseler Verband im Speziellen tun kann.

In Gastbeiträgen ordnen unsere Vorstandsmitglieder Melissa Günnewig, Frank Hoffmeister und Henriette Geiger das Thema mit Blick auf ihre Arbeit ein und gehen den spannenden Fragen nach, welche Verantwortung Unternehmen haben, wie sich Populismus in der Außenpolitik äußert, und in wie weit im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit populistische Annahmen und belegbare Fakten auseinanderklaffen.

Zu guter Letzt möchten wir euch auf zwei spannende Veranstaltungen der EUD Brüssel im Oktober hinweisen, bevor uns heute EUD-Mitglied Christine Bunte Rede und Antwort auf die „10 Fragen an..“ steht!

Eine spannende Lektüre wünscht

Ihr Redaktionsteam


★ **Interview über Populismus mit dem Vorsitzenden Prof. Dr. Michael Köhler**

Lieber Herr Professor Köhler, Sie arbeiten seit 2013 als Direktor für Südliche Nachbarschaft in der Generaldirektion für Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen (DG NEAR) der Europäischen Kommission. Wo bemerken Sie aktuell Auswirkungen des wachsenden Populismus in Europa in Ihrem Arbeitsbereich?



In meinem direkten Arbeitsumfeld spüre ich Auswirkungen des Populismus am meisten bei allem, was das Themenfeld Migration berührt. Obwohl die Anzahl irregulärer Einreisen – also von Flüchtlingen und Migranten ohne Einreiseberechtigung – in die Europäische Union heute so niedrig wie seit fünf Jahren nicht mehr ist, beherrscht das Thema die politische Debatte. Migration ist sicher ein beherrschendes Thema der Gegenwart und der Zukunft. Als Antwort auf die migrationspolitischen Herausforderungen der Zukunft brauchen wir allerdings mehr als nur Grenzsicherung – aber vor allem darauf richtet sich derzeit alle politische und finanzielle Energie. Unsere Konzepte und Strategiepapiere sagen zu Recht, dass er umfassender Ansätze bedarf, die auch viele weitere Elemente umfasst: Krisenprävention und –management in Afrika, Nahost und Asien, die Förderung von Arbeitsplatzschaffung und Wirtschaft durch Investitionen, eine kluge Handelspolitik und Bildung und Ausbildung, Hilfen für die Anpassung der Menschen an den Klimawandel in Afrika, den Schutz und Betreuung von Migranten zur Wahrung ihrer Menschenrechte, ihrer Integration und womöglich freiwilligen Rückführung in die Herkunftsländer, legale Migrationsmöglichkeiten – und dies sind





nur einige Beispiele. Diese Strategiepapiere haben Recht. Unter dem Druck populistischer Strömungen drohen wir allerdings im Gegenteil, immer mehr einem kurzfristigen Aktionismus zu verfallen, anstatt strukturell anzusetzen. Man darf aber nicht nur die Symptome kurieren! Wir müssen an den Ursachen ansetzen, langfristig arbeiten, und wir müssen dabei den europäischen Werten treu bleiben.

Historisch gesehen ist Populismus kein neues Phänomen in Europa. Mit Beginn der Ölkrise in den 70er Jahren und den darauffolgenden schweren Rezessionen in den Industriestaaten stieg der Zuspruch zu Anti-Establishment-Parteien. Die Terroranschläge vom 11. September 2001 und die anschließenden Sicherheitsmaßnahmen legitimierten rechtspopulistische Parteien die Sicherheit versprechen, auch wenn dies bedeutete Menschenrechte einzuschränken. Wenige Jahre später brach die Finanzkrise in Europa aus, die sowohl links- als auch rechtspopulistischen Parteien große Wahlerfolge brachte. Was denken Sie: Erleben wir aktuelle eine Hochphase des Populismus oder waren populistische Parteien schon immer Teil der politischen Landschaft?


Populismus ist immer schon Teil des politischen Instrumentariums gewesen, das lehrt schon die griechische und römische Geschichte. In den letzten hundert Jahren sind Faschismus und Nationalsozialismus Bewegungen gewesen, die den Populismus geradezu zur Grundlage gemacht und ihn benutzt haben, um die Massen zu manipulieren. Denken Sie nur an den NS-Grundsatz vom sogenannten "gesunden Volksempfinden" und die nationalsozialistische Nutzung und Manipulation von Massenmedien! Was in der Gegenwart allerdings neu hinzukommt, ist eine Entfremdung zwischen den Anschauungen abgehobener globalisierter Eliten und großen Teilen der Gesellschaft, die sich der Globalisierung ausgeliefert und sich möglicherweise von ihr bedroht fühlen. Ein weiterer Faktor sind die sozialen Medien. Sie erlauben nicht nur den Nachrichtenaustausch in Echtzeit, sondern haben es auch noch leichter möglich gemacht als früher, in abgeschlossenen Überzeugungsgemeinschaften zu leben, in denen der einzelne von Nachrichten, die seinem eigenen Weltbild nicht entsprechen, gar nicht mehr erreicht und daher nicht mehr herausgefordert wird. Der innergesellschaftliche Diskurs, der für die Meinungsbildung und Konsensfähigkeit einer jeden Demokratie so wesentlich ist, wird dadurch ganz wesentlich er-

schwert. So bilden sich abgeschottete Subgesellschaften, die nach außen nicht mehr dialogwillig sind und nur noch den eigenen Wahrheiten folgen – *alternative facts*. Wir sehen das bei der *tea party* oder den *Reichsbürgern*. Hier werden nicht nur populistische Überzeugungen transportiert, sondern der Manipulation mit Hilfe elektronischer und sozialer Medien ist Tür und Tor geöffnet. Die hybride Kriegsführung z.B. seitens Russlands hat es hier schon zu großer Meisterschaft gebracht. Wenn wir uns dieser Gefahr nicht wirksam stellen, ist nicht nur das europäische Einigungswerk, sondern die Demokratie insgesamt bedroht.

Obwohl die Zahl der Ankünfte von geflüchteten Menschen über das Mittelmeer im Vergleich zum Vorjahr um 85% zurückgegangen ist, ist Migration nach wie vor das beherrschende Thema auf der politischen Agenda Europas. Woran liegt das Ihrer Meinung nach? Wie sollte sich die deutsche und europäische Entwicklungspolitik weiterentwickeln, um den Mittelmeerraum zu stabilisieren? Wie könnte z.B. eine Neuordnung des Verhältnisses zu Afrika aussehen?

Irreguläre Migration, besser gesagt die große Fluchtwelle 2015/16 aus Nahost und seit 2017 aus Afrika nach Italien und jetzt auch Spanien, haben bei vielen Menschen nicht unverständlicherweise Ängste freigesetzt: vor allem die Angst vor dem Kontroll- und Aufsichtsverlust. Materielle Befürchtungen kommen dazu: Befürchtungen hinsichtlich der Verknappung des Wohnraums, steigender Mieten, der Kosten und Möglichkeiten der Integration, gegenüber Konkurrenten am Arbeitsmarkt und anderes mehr. Dies erfordert erst einmal innen-, bildungs- und sozialpolitische Antworten, von denen viele noch ausstehen. Jenseits unserer Grenzen ist es aber unabdingbar, wenn wir den künftigen Migrationsdruck kanalisieren wollen, dass wir engagierter als bisher Konflikte zu lösen versuchen, die Menschen zur Flucht zwingen, und die Lebensbedingungen verbessern, wo Armut und Perspektivlosigkeit Haupttreiber der Migration sind. Die Juncker-Kommission hat dazu mit dem Europäischen Externen Investitionsplan und der neuen EU-Afrika-Partnerschaft schon einmal richtige erste Ansätze vorgelegt, die allerdings nicht weiter ausformuliert und umgesetzt werden müssen. Wir brauchen eine Handels- und Investitionsoffensive für Afrika und neue belastbare politische Partnerschaften. Wir brauchen auch integrierten europäische Hilfs- und Krisenbewältigungsansätze für die Teile Afrikas, die sich noch nicht dynamisch entwi-





ckeln, sondern unter Bürgerkrieg, inkompetenter Regierungsführung und der Implosion staatlicher Ordnung leiden. Meiner Ansicht nach ist unser Engagement immer noch viel zu zaghaft. Wir brauchen wesentlich mehr Mut und mehr Geld. Finanziell ist es viel sinnvoller und effizienter, Menschen in ihren Heimatländern bei der Ausbildung und bei der Schaffung von Arbeitsplätzen zu unterstützen, als sie in Europa zu versorgen. Und bei der Bewältigung außenpolitischer Krisen und Konflikte müssen wir endlich vom "payer" zum "player" werden. Die wahren Bremser sind hier die widerstreitenden Interessen und der Mangel an europäischer Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten. Europa hat keinen Mangel an außen- und verteidigungspolitischen Ressourcen, sondern an gemeinsamer Willensbildung und Führung. Die Problemanalyse ist klar. Wir brauchen eine politische Führung, nach den Europawahlen erst recht, und den politischen Willen in den Mitgliedstaaten, unsere Möglichkeiten auch zielgerichtet einzusetzen, in Afrika und anderswo.

Der italienische Innenminister Matteo Salvini sucht den Schulterchluss mit dem ungarischen Premierminister Viktor Orbán, um sich gegen Vorgaben aus Brüssel zu wehren. Steve Bannon, rechtsradikaler Ideologe und Ex-Chefstrategie von Donald Trump, will den Europawahlkampf beeinflussen und greift mit seiner Brüsseler Operationszentrale „The Movement“ den Trend der Populisten auf, sich als Bewegung gegen die liberale Demokratie zu organisieren. Wie schätzen Sie diese neuen „rechtsnationalen Achsen“ und deren Aktivitäten ein und wie bedrohlich sind sie für das europäische Projekt?


Wir sollten den Mut haben, die Agenda selbst zu setzen und der Versuchung widerstehen, den anderen beim Politikmachen zuzusehen. Ist die proeuropäische Mehrheitsgesellschaft ein Kaninchen, das es nötig hat, auf die Schlange Steve Bannon zu starren? Im Gegenteil, der billige Populismus hat keine Chance, wo Politik nicht abgehoben und selbstorientiert agiert, sondern führt, zuhört, sorgt und handelt und dabei glaubwürdig bleibt. Rechtsnationale Achsen sind nur so stark wie wir es zulassen, indem wir rechtsnationalen Demagogen den politischen Raum überlassen. Angela Merkel hat einmal gesagt, anstatt sich über die vielen Moscheen aufzuregen, solle man vielleicht doch lieber wieder selber in die Kirche gehen. So sehe ich das auch: Statt jammern über die Rechtsnationalen lieber mehr Europa-Union, mehr Pulse of

Europe, mehr werben für das offene, demokratische, starke und geeinte Europa auf Veranstaltungen, in den Parteien, bei der Wahl, in den sozialen Netzwerken. Wir haben starke Argumente und die Geschichte auf unserer Seite. Lasst sie uns offensiv in die Gesellschaft tragen und am Stammtisch bis zum Plenum des Parlamentes des rechtsnationalen Dumpfdreistereiern entgegentreten!

Auch im bayerischen Landtagswahlkampf wird derzeit mit antieuropäischen Tönen auf Tour gegangen. Welche Priorität hat Ihrer Ansicht nach Europa aktuell für die deutschen Politiker?

Es gibt kaum ein politisches Sachgebiet, das nicht voller Europa steckt. Das wissen auch die meisten Politiker und Politikerinnen. Wenn ich deutsche Landtags- oder Bundestagsabgeordnete treffe, sind wir uns immer sehr schnell einig, dass von der Landwirtschafts- und Umwelt- bis zur Migrations-, Außen- und Sicherheitspolitik kaum ein Thema existiert, bei dem Land- Bund und Europa heute nicht zusammenarbeiten und zusammenarbeiten müssen und die Kompetenzbereiche eng ineinandergreifen. Umso unverständlicher ist es, wie wenig europakompetent viele deutsche Politiker, Beamte, Journalisten und manchmal auch Wirtschaftsführer immer noch sind. Und so bleibt es für viele weiter dabei, dass sie im kleinen Kreis davon sprechen, wie wichtig und hilfreich Europa ist, aber Europa in der öffentlichen Rhetorik kaum vorkommt oder weiter nur als *punching ball* missbraucht wird, an dem man sich abarbeiten und billige Punkte erzielen kann. Das BREXIT-Referendum hat aber gezeigt, wohin es führen kann, wenn die öffentliche Meinung über Jahrzehnte hinweg falsch oder sogar lügenhaft informiert wird. Seit dem Referendum steigen bezeichnenderweise in ganz Europa wieder die Zustimmungswerte für die EU - ich denke, auch in Bayern. Das BREXIT-Chaos ist wohl doch ein heilsamer Schock. Die Wiedererrichtung der Kleinfürstentümer des frühen 19. Jahrhunderts wird nirgendwo die Antwort auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts sein können. Für diese Erkenntnis müssen wir werben. Und in Deutschland müssen wir vom Bildungssystem angefangen bis zur Karriereplanung in den Konzernen und Ministerien europapolitikfähiger werden, damit wir dieses Europa besser verstehen, gestalten und entwickeln lernen.

Was denken Sie, kann die überparteiliche Zusammenarbeit für Europa angesichts von wachsendem Populismus und globalen Her-



ausforderungen leisten, und wo sehen hier den Brüsseler Verband?

Europa wird dann für uns alle der selbstverständliche, akzeptierte und gewünschte Rahmen für die Gestaltung der Zukunft für uns Bürger und unsere Länder sein, wenn es immer mehr zu einem überparteilichen Gut wird. So wie eine überwältigende Mehrheit der Bürger heute das Grundgesetz als selbstverständlichen und geschätzten Ordnungsrahmen für die staatliche Ordnung in Deutschland ansieht – dabei war das Grundgesetz bei seiner Verabschiedung 1949 keineswegs so unumstritten. Dazu braucht es das zivilgesellschaftliche Engagement für Europa über alle Partei- und Weltanschauungsgrenzen hinweg, soweit das demokratische Spektrum reicht. Dafür steht die Europa-Union Deutschland. Und unsere Brüsseler Verband, so begrenzt seine Mittel auch sind, arbeitet dabei mit an einzigartiger Position: Wir sind die Scharnierstelle zwischen den europäischen Institutionen und der pro-europäischen Zivilgesellschaft in Deutschland. Wir haben eine besondere Verantwortung dabei, den Dialog zwischen Brüssel, Straßburg und Deutschland anzuregen und mitzuprägen, den Dialog mit den europapolitisch Interessierten abseits der Regierungsebene. Wir sollten erklären helfen, was Europa für den Bürger leistet und in Brüssel die speziellen deutschen Befindlichkeiten erklären helfen. Wenn dieser Dialog in beide Richtungen funktioniert, ist das die beste Garantie dafür, dass die populistischen Kartenhäuser auf Zeit unter der Last ihrer eigenen Widersprüche zusammenbrechen.

Lieber Herr Köhler, wir danken Ihnen für dieses Gespräch!



★ Populismus in Europa: Unternehmen in der Verantwortung

Ein Gastbeitrag von Melissa Günnewig und Patrick Gwinner

Die italienischen Parlamentswahlen Anfang März brachten zwei deutliche Sieger hervor. Noch nie zuvor haben so viele Wähler für die europaskeptische, rechtsgerichtete Lega und die gegen das Establishment gerichtete Fünf-Sterne Bewegung gestimmt. Die Wahlergebnisse sind nur der letzte Schritt einer Entwicklung, die sich in Europa seit Jahren bemerkbar macht und sich vor allem seit der Flüchtlingskrise 2015 noch einmal verschärft hat. Die zu erwartenden Auswirkungen sind immens. Nicht nur innerhalb der Mitgliedsstaaten, auch bei den europäischen Parlamentswahlen im Mai nächsten Jahres wird mit enormen Zugewinnen der europaskeptischen und populistischen Parteien gerechnet.

Die Veränderungen in der politischen Landschaft sind dabei nicht ausschließlich für die Parteien selbst von Bedeutung, auch gesellschaftliche Akteure hinterfragen in diesem Kontext ihre Verantwortung. Unternehmen können als Arbeitgeber und wirtschaftlicher Motor gesellschaftlichen Fortschritt gestalten und tragen daher eine besondere Verantwortung. Gestaltung kann in ihrem Fall einerseits durch das Produkt- und Dienstleistungsangebot und andererseits durch Engagement erfolgen, das über das betriebswirtschaftliche Soll hinausgeht. Dies führt zu der Frage, wie konkret Unternehmen angesichts der aktuellen Lage Verantwortung auch im Hinblick auf den Umgang mit populistischen Parteien übernehmen.

Eine Möglichkeit bietet das duale Ausbildungssystem. Viele Unternehmen setzen auf die Etablierung dieses, um durch neugeschaffene Perspektiven Jugendarbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Die aktuellen Arbeitslosigkeitszahlen verdeutlichen das Problem. Angesichts einer anhaltenden Jugendarbeitslosigkeit von über 30% in EU-Mitgliedsstaaten wie in Italien und Spanien¹ existiert eine wirtschaftliche Perspektivlosigkeit, die besonders populistischen Parteien Auftrieb gewährt. Zahlreiche Un-

¹ http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Unemployment_statistics#Youth_unemployment

ternehmen engagieren sich daher für die berufliche Bildung im Ausland und arbeiten in Kooperation mit Schulen, regionalen Berufsbildungswerken und Kammern zusammen. Indem der jungen Generation eine wirtschaftliche Zukunft aufgezeigt wird, sinkt gleichzeitig die Attraktivität vermeintlich einfacher Lösungen für komplexe Probleme.

Die Integration von Geflüchteten in Ausbildung und Arbeit ist eine weitere Maßnahme, mit der Unternehmen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden. Dabei beschränkt sich die Unterstützung längst nicht mehr auf die Soforthilfe durch



Sachspenden oder die Bereitstellung von Helfern und Experten. Inzwischen sind Betriebe auch in den Bereichen Spracherwerb und Vorqualifizierung tätig, die als Schlüssel für die Ausbildungsfähigkeit wie die berufliche

Integration gelten. Diese Maßnahmen leisten nicht nur einen humanitären Beitrag, sondern tragen mit zu einem größeren Zusammenhalt in der Gesellschaft und zur Integration der Neuankömmlinge bei. Die erfolgreiche Integration ist dabei ein Gegenbeispiel zu den von populistischen Parteien oft vorgebrachten Befürchtungen bezüglich der volkswirtschaftlichen Kosten. Es zeigt vielmehr, dass wirtschaftlicher Erfolg und humanitäres Engagement sich gegenseitig unterstützen und zu einem stärkeren Zusammenhalt in Betrieben wie in der Gesellschaft beitragen.

Der Zusammenhalt und die Vielfalt in der Belegschaft ist ein weiterer entscheidender Faktor, um den Erfolg von Populismus zu verringern. Eine sich gegenseitig unterstützende Gemeinschaft erhöht das Zusammengehörigkeitsgefühl. Die dadurch entstehende soziale Teilhabe trägt mit dazu bei, dass man sich vom System eingebunden fühlt, wodurch die Anziehungskraft systemkritischer Parteien abnimmt.

Insgesamt kommen gesellschaftlichen Akteuren und besonders Unternehmen in der Auseinandersetzung mit Populismus eine zentrale Rolle zu. Sie sind die Basis für Wirtschaftswachstum sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen und zeigen dadurch Perspektiven auf für Menschen, die sich vormals resigniert abgewandt hatten.

Melissa Günnewig ist Mitglied des Vorstandes der EUD Brüssel und Policy Adviserin bei Volkswagen in Brüssel. Patrick Gwinner ist derzeit Praktikant bei VW.

★ Populismus in der Außenpolitik

Ein Gastbeitrag von Frank Hoffmeister



In Zeiten der Globalisierung ist die traditionelle Unterscheidung zwischen Außen- und Innenpolitik ins Wanken gekommen. Denn die Beziehungen zwischen Staaten betreffen nicht nur staatspolitische Interessen, wie den Erhalt von Frieden und Kooperation, sondern wirken

sich immer mehr auf die Lebenssituation der Bürger direkt aus. Außerdem betreffen die außenpolitischen Herausforderungen längst nicht nur Fragen von Krieg und Frieden: heute geht es um die Regelung intensiver Handelsströme, globale Umweltschutzziele und vermehrte Anstrengungen für Entwicklungspartnerschaften nicht zuletzt vor dem Hintergrund größerer Migrationsbewegungen. Gerade wegen dieser Verflechtung sehe ich mit wachsender Besorgnis, wie populistische Positionen auch in der Außenpolitik auf dem Vormarsch sind. Drei Beispiele können das aufzeigen:

Die russische Regierung will der europäischen Bevölkerung weiß machen, die völkerrechtswidrige Annexion eines Teils der Ukraine sei nur ein Akt der Selbstbestimmung der Krim gewesen: es sei daher höchste Zeit, die sinnwidrigen Sanktionen gegenüber Russland aufzuheben. Die Gegenwart russischer paramilitärischer Gruppen und die Abwesenheit demokratischer Garantien beim Pseudo-Referendum in der Krim fallen unter den Tisch.

Die Verletzung des universellen Gewaltverbots, auf dem unsere europäische Friedensordnung basiert, stört noch weniger. Traditionell moskautreue Linke als auch rechtsextreme Strömungen in mehreren Mitgliedstaaten spenden Applaus. Obwohl ideologisch entgegengesetzt, verbindet sie doch ein Gedanke: Staaten sollten möglichst souverän sein, um ihrer eigenen Sozialexperimente ungestört durchzuführen (Linke nennen das: Nichteinmischung in innere Angelegenheit) oder um schlicht das Recht des Stärkeren durchzusetzen (Rechte nennen das: Anerkennung der historischen Gegebenheiten). Weil Völkerrecht und internationale Organisationen diesem Ansinnen im Wege stehen, kommen sie zu einem einfachen Schluss: Weg damit! Damit setzt der Populismus die Axt an einen zentralen Pfeiler unserer friedlichen Nachkriegsordnung in Europa: die Notwendigkeit, zwischenstaatliche Bindungen im gemeinsamen Interesse zu schaffen und auch einzuhalten.

Nicht weniger gefährlich ist ein außenwirtschaftspolitischer Trend, der derzeit von der US-Regierung forciert wird. Der internationale Handel sei kein Motor wachsenden Wohlstands weltweit, weil er die Ressourcen effizient verteilt und die richtigen Anreize für zukunftsfähige Produktionsweisen und Produkte schafft, sondern ein Nullsummenspiel. Wenn die USA mehr Autos aus Deutschland und mehr Elektronik aus Asien importiert als es exportiert, dann würde darunter die amerikanische Wirtschaft leiden. Mit dieser einfachen Logik im Kopf hat der US-Präsident gleich nach seinem (offenbar photographisch geschönten) Amtsantritt das trans-pazifische Handelsabkommen nicht gezeichnet und den Rest der Welt mit Strafzöllen zu Stahl und Aluminium überzogen. Die Drohung, dasselbe europäischen Autoherstellern anzutun, hat zwar im Sommer zu einer vorläufigen Einigung zwischen Juncker und Trump im Weißen Haus geführt, ein neues Handelspaket zum Abbau von Industriezöllen zu schnüren. Die Arbeit hieran kann aber schnell gefährdet werden, wenn die USA auf einem anderen Gebiet nicht zur Raison kommen: durch die anhaltende US-Weigerung, Handelsrichter zum obersten Gericht der WTO zu ernennen, droht der Welthandelsorganisation nächstes Jahr eine komplette Paralyse. Dann träte aber das ein, was liberale Internationalisten schon seit langem befürchten: die WTO könnte keine Schiedssprüche mehr erlassen, und das Regelwerk des GATT, das inzwischen über 160 Staaten übernommen haben, würde entscheidend geschwächt. Zum Glück haben die EU-Staaten diese Gefahr erkannt. Die Kommission hat nun einen Modernisierungsvorschlag in Genf auf

den Tisch gelegt – bevor der Populismus die WTO zum Einstürzen bringt.

Der Syrienkonflikt ist vielschichtig und nur bei Kenntnis der regionalen Dimension einigermaßen zu durchschauen. Sowohl der Einfluss des schiitischen Regimes in Teheran als auch die türkische Position zur Kurdenfrage sowie die Bewertung des Assad-Regimes spielen eine Rolle. Bekanntlich hat die EU mangels gemeinsamer Positionen durch Abwesenheit geblüht. Gleichwohl kommt auch hier der Populismus immer häufiger in der Debatte zu Wort: Warum sollen wir uns dort überhaupt engagieren, ein Eingreifen könne ja sowieso nichts besser machen. Giftgasangriffe auf syrische Städte? Nicht unser Bier. Terror- und Foltermethoden von syrischen Streitkräften? Gibt es woanders auch. All dies ist erschreckend, denn das Menschenrecht auf körperliche Unversehrtheit gilt auch für Syrer, und wer vor diesen Schrecken flieht, ist ein politischer Flüchtling. Gerade weil wir humanitär gefordert sind, Zuflucht zu gewähren, sollte es ein gemeinsames Anliegen sein, zur Befriedung in Syrien beizutragen.

All dies wird bei den nächsten Europäischen Wahlen sicher von Bedeutung sein. Hoffen wir, dass klar erkennbare Einflussnahmen von russischen Hackern oder US-Ideologen wie Bannon, europaskeptische bzw. feindliche Strömungen zu stärken, nicht weiter an Boden gewinnen. Wir können dem ein hohes Gut entgegensetzen: den mündigen Europäer!

Frank Hoffmeister ist Stellvertretender Vorsitzender und Abteilungsleiter der Generaldirektion Handel in der Europäischen Kommission

★ Politische Verschiebungen in Europa und einige Auswirkungen auf die entwicklungspolitische Zusammenarbeit



Ein Gastbeitrag von Henriette Geiger

Der zunehmend, vor allem rechte, Populismus in einigen EU Mitgliedstaaten macht sich in vielen Bereichen der Kommission bemerkbar. Auch mein Arbeitsbereich, die Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen Kommission in


den Bereichen Human Development (*People and Peace*), ist davon betroffen.

Besonders deutlich wird das in den Bereichen der sexuellen und reproduktiven Gesundheit, der Menschenrechte und der Migration und Vertreibung. Dabei sind die Trends durchaus widersprüchlich: Zum einen werden einst konsensuale, europäische Werte und Positionen heute von unterschiedlichen Regierungen in Frage gestellt, zum anderen wächst gleichzeitig die Erwartung an die EU sich auf internationaler Ebene klar zu liberalen Werten zu bekennen und diese zu stärken, auch um damit u. a. die veränderte Politik der USA auf globaler Ebene zu kompensieren.

In der Unterstützung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit, inklusive Familienplanung, (*auf Englisch SRHR – sexual and reproductive health and rights*), wird gegebene Praxis in Frage gestellt: Mitgliedstaaten wie Malta, Polen und Ungarn, blockieren im Rat zunehmend Entscheidungen, wann immer auf SRHR Bezug genommen wird. Dies führt im Rat mittlerweile öfters zu zähem und langwierigem Ringen um eine akzeptable Formulierung zu diesem einen Punkt zu erlangen, auch wenn er eventuell nur ein relativ nebensächlicher Punkt in einem Gesamttext mit anderem Schwerpunkt ist, wie z.B. die Vorbereitung der Post-Cotonou-Verhandlungen.

Auch Gesundheits- und Erziehungsprojekte mit einer SRHR Komponente sind schwierig durchzusetzen, oder werden durch mehr indirekte Maßnahmen (z. B. in der Bildung) ersetzt. Das ist umso tragischer, da die USA ihre internationale Unterstützung im Bereich SRHR komplett gestrichen hat und wichtige UN Organisationen wie der UN Bevölkerungsfond (UNFPA) damit auf dem Trockenen sitzen, und für die Weiterführung ihrer Arbeit zunehmend von Geldern der EU abhängig sind.

Eine Unterstützung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und -Bildung ist fundamental für das Ziel der Gleichstellung der Frau in vielen Ländern der Welt, wo nach manchen Rechnungen fast jede zweite Schwangerschaft ungewollt ist und ein immer noch zu hoher Prozentsatz junger Mädchen ihre Schulbildung aufgrund von Schwangerschaften abbrechen. Und das hat direkte Auswirkungen auf das eigene Entfaltungspotential und eben auch auf die makroökonomischen Entwicklungschancen der betroffenen Länder.



Maßnahmen zur sexuellen und reproduktiven Gesundheit sind auch ein nicht zu unterschätzender Beitrag dazu, die in vielen Ländern, vor allem die in Sub-Sahara Afrika, auseinandergehende Schere zwischen Wirtschaftswachstum und Bevölkerungswachstum zu schließen.

Nur mit einer nachhaltigen Wirtschafts- und Sozialpolitik auf nationaler Ebene, unterstützt von Entwicklungsmaßnahmen der EU, besteht die Chance, die international vereinbarten Entwicklungsziele der UN, die sogenannte Agenda 2030, zu erreichen.

Im Bereich der Menschenrechte hat der zunehmende Populismus innerhalb der EU ebenso Konsequenzen. Auch hier, und während international Menschenrechte und grundlegende Freiheiten insgesamt mehr und mehr in Frage gestellt werden, steigt der Erwartungsdruck auf die EU sich verstärkt für Menschenrechte einzusetzen, um zumindest teilweise den Rückzug anderer wichtiger Geberländer, wie zum Beispiel der USA, auszugleichen.

Momentan sind einst selbstverständliche Reaktionen auf Menschenrechtsverletzungen eben nicht mehr selbstverständlich. Auch international steigt der Druck. Projekte wie z.B. zur Unterstützung von Menschenrechtsorganisationen sind schwieriger zu implementieren, da die Rahmenbedingungen sich weltweit sehr verschlechtert haben.

Menschenrechtsaktivisten, sogenannte *human rights defenders*, die sich für die Einhaltung der fundamentalen Rechte in ihren Ländern einsetzen, sind in zunehmendem Masse akut bedroht und müssen ihren Einsatz oft mit ihrem Leben bezahlen. Oftmals ist die Hilfe der EU der einzige Rettungsanker für bedrohte Menschenrechtler.

Um weiterhin als effektiver und glaubwürdiger internationaler Akteur auftreten zu können, ist es wichtig, dass die EU mit einer Stimme spricht und dass der Graben zwischen europäischen Werten und europäischen Taten sowohl inner- als auch außerhalb der EU nicht zu groß wird. Er unterminiert nämlich letztendlich unsere Fähigkeit mit unseren Partnern glaubwürdig und effektiv zu verhandeln, z.B. -aber nicht nur - im Bereich der entwicklungspolitisch relevanten Menschenrechtsdialoge, die die EU mit vielen Entwicklungsländern durchführt.

Die wohl drastischsten Auswirkungen des neuen Populismus zeigen sich jedoch bei der Migration. Das ist natürlich kein neues Arbeitsgebiet für die europäische Kommission. Aber die heiße politische Schlacht die zu diesem Thema – oder auch oft mit Hilfe diesen Themas - geführt wird, hat bewirkt, dass im Eilverfahren Milliarden für die Ursachenbekämpfung der irregulären Migration sowohl für Hilfe zum Grenzschutz als auch im Migrationsmanagement bewilligt und umgesetzt wurden.

Insbesondere die starre Position Ungarns zur irregulären Einwanderung und allgemeinen Migrationsfragen hat zu nächtelangen heißen Diskussionen im Rat geführt. Letztendlich ergab es die prekäre Situation, dass die EU bei den Verhandlungen in New York zum *Global Migration Compact* der UN, der neuen internationalen Übereinkunft zur Migration, nicht mit einer Stimme sprechen konnte, sondern nur als EU 27, während Ungarn seine eigene Position vertrat, die u. a. aussagte, dass jegliche Migration den Interessen autochthoner Nationen zuwiderliefe. Auch Polen gab eine nationale Erklärung ab.

Die neuesten Statistiken belegen, dass inzwischen mehr Migranten die EU verlassen als hereinkommen, und auch Migration über das Mittelmeer drastisch gesunken ist. Jedoch ist immer noch in vielen Kreisen die Rede von einer Migrationskrise. Oft basiert dies auf wenig Fakten und wird durch Medien und Politiker geschürt: Wie eine neue Umfrage des Eurobarometers zeigt, glauben z.B. viele europäische Bürger, vor allem auch in Osteuropa, dass es in ihrem jeweiligen Land weit mehr Migranten gibt, als wirklich der Fall ist.

Dass Migration wichtige positive Aspekte hat, und Immigration vor allem in einem Land wie Deutschland, dessen Wirtschaftskraft zunehmend von einem drastischen Rückgang junger Arbeitskräfte bedroht ist, eine Notwendigkeit sein wird, das wagt im derzeitigen politischen Klima kaum jemand zu thematisieren.

Um die globale Wettbewerbsfähigkeit des international größten Wirtschaftsblocks EU zu erhalten, wäre es jedoch dringend erforderlich, eine EU Politik zur legalen Einwanderung zu vereinbaren.

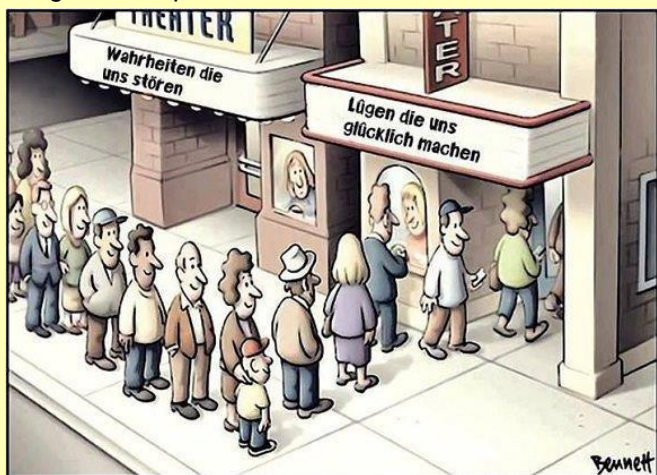
Solche Schritte scheinen jedoch schwer möglich, solange Migration zum Schlachtfeld der Politik benutzt wird und Aktionismus dort die wichtigste Währung ist. Dabei stehen die Populisten auch oft gar nicht wirklich für die 'Stimme des Volkes'.

Zumindest in Deutschland finden laut Umfragen fast doppelt so viel Menschen Gesundheit und Pflege sowie Renten- und Sozialpolitik 'sehr wichtig', noch vor der Flüchtlingspolitik.

Mit sicherlich wichtigen nationalen Unterschieden ist auch europaweit die Wichtigkeit des Themas Migration in den letzten paar Jahren zurückgegangen, ohne dass sich dies maßgeblich auf die politische Diskussion ausgewirkt hätte. Natürlich wird Migration EU-weit weiterhin ein wichtiges Thema bleiben, aber die Relevanz des Themas für die Bürger in der EU ist seit 2015 gesunken.

Der neue Populismus wird uns weiter begleiten, was auch der Ausgang der kürzlichen Wahlen in Schweden uns deutlich vor Augen führt. Letztendlich ist Populismus eine ernste strukturelle Herausforderung für unsere europäischen Demokratien, Medien und Wirtschaftssysteme. Dieser Herausforderung müssen wir uns alle stellen, und dies muss sich auch in unserer entwicklungspolitischen Arbeit widerspiegeln. Dabei wird es für uns immer wichtiger, die unterschiedlichen Interessen zu balancieren und mit den veränderten politischen Verhältnissen im Rat konstruktiv umzugehen, und dabei dafür zu sorgen, dass die Ziele der Entwicklungszusammenarbeit weiter zweck- aber eben auch wert-rational positiv umgesetzt werden. Als Befürworter der europäischen Idee und als EU-Bürger sollten wir uns allerdings fragen, wieso es zum Phänomen des zunehmenden Populismus in Europa kommen konnte. Was haben wir falsch gemacht? Was ist in die falsche Richtung gelaufen? Erst wenn wir uns ernsthaft mit den Ursachen beschäftigen, wird es uns gelingen einen Lösungsansatz zu finden.

Henriette Geiger ist Direktorin in der Generaldirektion Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung der Europäischen Kommission



★ **Veranstaltungen der Europa-Union Brüssel im vierten Quartal 2018**

9. Oktober

Buntes Kraftzentrum oder farbloser Riese? Die deutschen Abgeordneten im EU-Parlament 2019

Ein Abend über non-attached MEPs und Abgeordnete kleiner Parteien

Begrüßung und Einführung von EUD-Vorstandsmitglied Frank Hoffmeister zum Thema: „Das neue Wahlgesetz: Alter Wein in neuen Schläuchen?!“

Mit einem Vortrag von Davide Ferrari, Research Exekutive at Vote Watch Europe und einer Pannediskussion zwischen:

- Sabine Verheyen, CDU-NRW-Abgeordnete und Mitglied des Vorstandes der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament
- Joachim Sina, Pulse of Europe
- Damian Boeselager, Volt European Parliament
- Moderation: Melissa Günnewig, EU-Expertin

Registrierung um 18:30 Uhr, Beginn um 19:00 Uhr
Wo: Presseclub Brussels, Rue Froissart 95, 1000 Brüssel

Wir bitten um Anmeldung an:
ottmar.berbalk@berbalkcommunications.com

27. Oktober

In Flanders Fields - Informationsreise nach Ypern

Die Schwerpunkte der Fahrt werden der Besuch des Museums "In Flanders Fields", ein Stadtrundgang in Ypern mit Kathedrale, Saint George Memorial Church und Menenpoort sein. Im Anschluss werden wir nach Tyne Cot, dem größten Soldatenfriedhof des ehemaligen Commonwealth fahren.

08:00 Uhr Abfahrt (pünktlich) - ca. 19:30 Uhr Abfahrt ist in der Rue Wiertz (vor der LV Bayern). Der Teilnahmebeitrag beträgt 26 Euro, einschließlich Bustransfer, Reiseleitung und Eintritt ins Museum.

Anmeldung und Details finden Sie auf unserer Homepage.

★ 10 Fragen an... Christine Bunte

1. Tätigkeit: Senior Manager Industry Advocacy im Brüsseler Büro der BASF, mit Schwerpunkt auf Umweltthemen



2. In Brüssel seit:
Juli 2017

3. Hobbys: Triathlon, Reisen, Trekking

4. Man trifft mich: In den EU-Institutionen, im Forêt de Soignes beim Laufen und am Wochenende im ICE zwischen Mannheim und Brüssel

5. Mein Geheimtipp in Belgien: Eher Nationalsport als Geheimtipp: bei Radtouren mitfahren! Unter peloton.be gibt es Amateurveranstaltungen für jede Leistungsklasse, von der Familientour bis zur Flandernrundfahrt

6. Meine Buchempfehlung: "On Tyranny- Twenty lessons from the twentieth century" von Timothy Snyder, da das Buch viele wichtige Denkanstöße gibt in Zeiten von Europa-Skepsis, fake news und nachlassendem politischen Interesse

7. Lieblingszitat oder Motto: "A lie is halfway around the world before the truth has a chance to get its pants on" – von Winston Churchill. Fake news sind leider kein neues Phänomen!

8. Bei der Europa-Union bin ich dabei: ...weil ich dazu beitragen möchte, Menschen von den Vorteilen der europäischen Idee zu überzeugen

9. Europa bedeutet für mich: Dass ich heute von den Belgiern, deren Land im vergangenen Jahrhundert zweimal von Deutschen überfallen wurde, mit offenen Armen und einer unglaublichen Herzlichkeit empfangen werde.

10. Mein Wunsch an Europa: Dass wir uns durch Dinge, die nicht gut laufen, nicht von der europäischen Idee abbringen lassen, sondern aktiv an Verbesserungen arbeiten

★ Mitteilungen

Die Beitragsrechnungen für das Jahr 2018 sind im Januar versandt worden.

Wenn Sie Ihren Beitrag noch nicht entrichtet haben, so freuen wir uns über Ihre Überweisung.

Wenn sich Ihre Anschrift oder E-Mailadresse ändert, so geben Sie uns bitte umgehend Bescheid.

★ Impressum

Europa-Union Deutschland e.V.
Verband Brüssel
c/o UEF
Square de Meeûs 25
B - 1000 Brüssel
Fax: 02 791 5795
E-Mail: info@eud-bruessel.eu
www.eud-bruessel.eu

Redaktion: Mitja Schulz, Angela Schweizer, Christine Bunte
Redaktionsschluss: Oktober 2018

Bankverbindung:

Konto: 363-0201214-76 (ING)
IBAN: BE91 3630 2012 1476
BIC: BBRUBEBB

Gerne nehmen wir **Beiträge von EUD-Mitgliedern** in den Mitgliederbrief auf. Bei Interesse können Sie sich gerne an Angela Schweizer wenden: angela.schweizer@ep.europa.eu